

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Schon wenige Tage nach der Landtagswahl

... in Niedersachsen zeigt sich das wahre Gesicht von Rot-Grün. Für jedermann ist jetzt erkennbar, was auf Deutschland und seine Bürgerinnen und Bürger im Falle eines Wahlsiegs von Herrn Schröder und Rot-Grün bei der Bundestagswahl zukäme:

Bei der Abstimmung im Deutschen Bundestag über das Gesetz zum Abhören von Gangsterwohnungen am vergangenen Donnerstag haben die Führungen von SPD, Grünen und PDS entgegen allen Beteuerungen eng zusammengewirkt, um gemeinsam notwendige Maßnahmen im Kampf gegen die organisierte Kriminalität zu behindern. SPD, Grüne und PDS sind nicht ernsthaft bereit, den Vormarsch der internationalen Mafia durch wirksame Gesetze zu stoppen. Bei der Abstimmung im Deutschen Bundestag hat sich auch gezeigt, daß CDU und CSU die einzige politische Kraft in Deutschland sind, die entschlossen und verlässlich für den Schutz der Bürger vor Verbrechen und für die innere Sicherheit unseres Landes eintreten.

Auch die Beschlüsse des Grünen-Parteitag in Magdeburg am letzten Wochenende bestätigen, daß Rot-Grün ein erhebliches Sicherheitsrisiko für Deutschland ist. Die Grünen wollen die Auflösung der NATO. Sie wollen die Bundeswehr drastisch reduzieren und immer weiter abbauen. Sie wenden sich

Fortsetzung auf Seite 3

HEUTE AKTUELL

● Sozialdemokraten

Generalsekretär Peter Hintze: Arbeitsnehmer und Arbeitslose sind die Verlierer des SPD-Wahlprogramms. Seite 6

● Spitzengespräch

Wirtschaft sieht keine Alternative zur Regierung Kohl. Seite 9

● Wohlfahrtsverbände

Bundeskanzler Helmut Kohl: Die soziale Sicherheit der Bürger ist auch in Zukunft gewährleistet. Seite 11

● SPD-Kanzlerkandidat

Roland Koch: „Wir werden Schröder als Halodri entlarven.“ Seite 12

● Akustische Wohnraumüberwachung

Zum ersten Mal abgestimmtes Verhalten von SPD, Grünen und PDS im Bundestag. Seite 16

● Kurz & bündig

Zur Sicherheit der Kernkraftwerke und der Endlagerung ihrer radioaktiven Abfälle. Seite 25

● Dokumentation

Die „neue Mitte“ ist in Wirklichkeit die alte linke Ecke. Zum SPD-Regierungsprogramm. Grüner Teil

Kurz & gut

Großes Beschäftigungspotential

steckt nach Ansicht des Deutschen Beamtendebund (DBB) in der Alterszeitzeil. Rund 150.000 neue Arbeitsplätze könnten entstehen, wenn Beamte und Arbeitnehmer ab 55 Jahren auf freiwilliger Basis nur noch die Hälfte ihrer Tätigkeit im öffentlichen Dienst ausüben und dafür die Hälfte ihrer Renten und Pensionen bereits beziehen würden.

Gut drei Prozent

reales Wirtschaftswachstum erwartet der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) in diesem Jahr. Wie Hauptgeschäftsführer Franz Schoser bei der Vorstellung der üblichen Frühjahrsumfrage erklärte, bleibt die Konjunktur in Ostdeutschland mit einem Plus von rund zwei Prozent hinter der Entwicklung im Westen zurück. Die Zahl der Arbeitslosen wird sich in Westdeutschland nicht weiter erhöhen.

1000 neue Arbeitsplätze

werden die Bayerischen Motoren Werke schaffen. Die mehr als 670.000 Autos der neuen 3er-Reihe, die BMW in diesem Jahr bauen will, machen die Neueinstellungen nötig.

Ausbildung im Verbund

heißt die gemeinsame Initiative von Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers und Bahnchef Johannes Ludewig, die mehr Lehrstellen in kleinen und mittleren Verkehrsunternehmen schaffen soll. Bund und Bahn wollen bei der Aufstellung von Ausbildungsplänen helfen. Gegen Entgelt können Lehrlinge ganz oder zum Teil auch bei der Deutschen Bahn AG ausgebildet werden.

Der EURO kommt pünktlich zum vereinbarten Zeitpunkt

Mit 2,7 Prozent hat die Bundesrepublik Deutschland im letzten Jahr das schwierige Defizit-Ziel von drei Prozent deutlich unterschritten. Damit zeigen die Wirt-

schafts- und Finanzdaten des Statistischen Bundesamts: Deutschland erfüllt die Stabilitätsvorgaben des Maastricht-Vertrags für die Einführung des

EURO zum 1. Januar 1999. Entscheidend für dieses gute Ergebnis waren das geringe Haushaltsdefizit des Bundes und die positive Entwicklung der

Krankenversicherung als Folge der Gesundheitsreform. Bundeskanzler Helmut Kohl: Eine gute Nachricht! Allen Zweiflern, die sich ohne ge-

naue Zahlenkenntnis an immer neuen Verschiebungsdiskussionen beteiligt haben, ist durch die jetzt vorliegenden Daten der Boden entzogen.

CDU

DAS WICHTIGSTE DER WOCHEN AUF EINER SEITE

NR. 8

"Es ist leichter, einen Wackelpudding an die Wand zu nageln, als Gerhard Schröder auf eine klare Position festzulegen."

Christian Wulff, Landesvorsitzender der niedersächsischen CDU

Helmut Kohl: Die Bundestagswahl am 27. September ist eine Richtungswahl

"Mit Respekt und Anerkennung" hat der CDU-Bundesvorstand die Wahlkampfleistung von Christian Wulff und der CDU Niedersachsen gewürdigt: Die Partei hat mit großer Leidenschaft gekämpft und ein hohes Maß an Sachkompetenz bewiesen.

Die wirkliche Lage des Landes Niedersachsen hat indessen nicht im Mittelpunkt der Auseinandersetzung gestanden. Denn die Sozialdemokraten haben aus dem Landtagswahlkampf eine Vorentscheidung über ihren Kanzlerkandidaten gemacht.

Der CDU ist es nicht gelungen, diese Verfallschung der Wahl zu verhindern, und insofern ist das Wahlergebnis, wie der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Christian Wulff am 2. März im Konrad-Adenauer-Haus sagte, "sehr enttäuschend für uns".

Die Konsequenz ist klar: Schröder wird in Zukunft nicht mehr ausweichen können. Er wird ab sofort Farbe bekennen müssen: in der Europapolitik, in der Außen- und Sicherheitspolitik, in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, beim Thema Bundeswehr. Helmut Kohl: Wir werden ihn stellen und

genaue Antworten auf die Frage fordern: Wofür stehen Sie, Herr Schröder?

Aus die Ausgangslage ist klar: Die Bundestagswahl am 27. September ist eine Richtungswahl, die Wahl zwischen CDU/CSU und FDP auf der einen Seite und Rot-Grün auf der anderen.

Und noch eins: Die dramatischen Veränderungen in der Welt, in Europa und in Deutschland machen deutlich: Wir brauchen Reformen. Es wird aber ungewöhnlich schwierig sein, deren Notwendigkeit zu begründen, wenn der Kandidat der SPD den Eindruck zu vermitteln versucht, es wird auch ohne Reformen gehen.

Trotzdem haben wir, so der Bundeskanzler, am 27. September eine gute Chance. Wir werden diese Wahl gewinnen. Aber wir müssen mit allen Kräften kämpfen und alles tun, um Rot-Grün zu verhindern.

Helmut Kohl: Ich bin fest entschlossen, diesen Weg zu gehen. Und ich bin ganz sicher, daß unsere politischen Freunde genau so fest dazu entschlossen sind.

Nicht ernst genommen

hat Gregor Gysi die Distanzierung des SPD-Kanzlerkandidaten Schröder von der PDS: "Das Verfallsdatum seiner diesbezüglichen Äußerungen endet am 28. September." Damit antwortete er auf die Frage nach seiner

Meinung zu der Erklärung Schröders, er wolle auf keinen Fall mit Hilfe der PDS regieren. Bereits jetzt hätten bei ihm Sozialdemokraten nachgefragt, wieviel PDS-MdBs als "Parteilose" Schröder unterstützen würden.

Pro Tag zwei Neueintritte

oder 76 Neumitglieder in 38 Tagen! So die stolze Bilanz, die Kreisvorsitzender Wolfgang Börsen MdB für den CDU-Kreisverband Schleswig-Flensburg gezogen hat. Damit wird ein Trend bestätigt, der im Vorjahr zu

270 und 1996 zu 202 Neumitgliedern führte. In vier Jahren waren es über 800 neue CDU-Mitglieder, davon die Hälfte unter 30 Jahren. Wolfgang Börsen: Von Politikverdrossenheit kann hier keine Rede sein.

Grüne – Gefahr für Deutschland

Zur Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen in Magdeburg erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Die Grünen haben sich auf ihrer Bundesdelegiertenkonferenz als Gefahr für Deutschland erwiesen. Ihre NATO-feindliche Haltung ist gerade im Zeitalter des aggressiven Fundamentalismus ein Sicherheitsrisiko für unser Land. Die Attacke gegen die Bundeswehr-Beteiligung beim Friedenseinsatz in Bosnien ist unsäglich.

Beim Thema innere Sicherheit konzentrieren sich die Grünen auf das Durchlöchern wichtiger Gesetze gegen Schwerverbrecher. Wenn Datenschutz zum Täterschutz wird, triumphieren die Kriminellen.

Im Bereich der Wirtschaftspolitik fällt neben dem Fünf-Mark-Skandal für Benzin, mit dem Autofahrer schikaniert

werden und schleichend enteignet werden sollen, die rückwärtsgewandte Technikfeindlichkeit der Grünen auf.

Die Jahrhundertentwicklung der Gentechnologie wird zu Lasten von Arbeitsplätzen sowie großartigen Weltenernährungs- und Gesundheitschancen mit einem ablehnenden Generalverdacht überzogen. Ohne neue Technologien ist die Zukunft nicht zu gewinnen.

Die Verwerfung des Leistungsprinzips und die Abkehr von der Notengebung in der Schule sind ein grotesker Irrweg. Auch die Forderung nach einer weiteren Verkürzung der Arbeit ist grundfalsch, weil dadurch die Arbeit zu teuer und der Standort Deutschland unattraktiv wird. Das 21. Jahrhundert ist nicht mit weniger Leistung, sondern nur mit erhöhter Anstrengung zu meistern.

Den Deutschen droht mit Rot-Grün eine andere Republik.

Fortsetzung von Seite 1

dagegen, daß die Bundeswehr – wie beispielsweise in Bosnien – im Rahmen der Vereinten Nationen an friedenssichernden Einsätzen teilnimmt und so das Leben notleidender Menschen schützt. Mit Positionen, wie die Grünen sie vertreten, würden die Grundlagen unserer Außen- und Sicherheitspolitik zerstört. Vor allem würde damit das große Vertrauenskapital verspielt, das sich Deutschland während der vergangenen Jahrzehnte in der Völkergemeinschaft erworben hat. Frieden und Freiheit gibt es auch für Deutschland nicht zum Nulltarif!

Wirtschaftlich und sozial würde Deutschland massiv zurückgeworfen, wenn Rot-Grün auch nur einen Teil der Vorstellungen verwirklichen könnte, zu denen sich die Grünen in Magdeburg bekannt haben.

Der SPD-Vorsitzende und der SPD-Kanzlerkandidat haben bereits angekündigt, die von der Koalition gegen den erbitterten Widerstand von SPD, Grünen und PDS durchgesetzten Reformen wieder rückgängig zu machen – und dies zu einem Zeitpunkt, da unsere Reformen sich auf dem Arbeitsmarkt positiv auszuwirken beginnen. Die Forderungen der SPD passen zu den wirtschafts- und arbeitsplatzfeindlichen Positionen der Grünen, die zum Beispiel den Benzinpreis auf 5 D-Mark pro Liter erhöhen wollen.

Die Reformen, für die die Koalition steht, sind zwingend notwendig, um Deutschlands wirtschaftliche und soziale Zukunft zu sichern. Wir wollen diese Reformen deshalb fortsetzen – Rot-Grün will sie rückgängig machen. Das ist die klare Alternative, vor der die Wähler bei der Bundestagswahl am 27. September stehen werden. ■

Rot-Grüne Wirklichkeit: Eine andere Republik

Am letzten Wochenende haben die Grünen ihr Bundestagswahlprogramm verabschiedet. Das Programm steht unter dem Motto „Grün ist der Wechsel“, doch dieser Wechsel ist ein ungedeckter Scheck, ausgestellt auf die Zukunft unseres Landes. Das, was die Grünen unter einem „regierungsfähigen Programm“ verstehen, entpuppt sich für die Bürger unseres Landes als wahres Horrorszenerario.

Mit ihren Forderungen, ohne deren Verwirklichung es keine rot-grüne Koalition in Bonn geben soll, macht die grüne Basis deutlich, was die Ökosozialisten wirklich wollen: eine andere Republik.

AUSSEN- und SICHERHEITSPOLITIK

- Die Grünen sind für Abschaffung der Wehrpflicht und für die Halbierung der Bundeswehr.
- Sie lehnen internationale Gemeinschaftsaktionen zur Friedenserzwingung wie den SFOR-Einsatz in Bosnien ab.
- Die NATO wollen sie auflösen.

VERKEHR

- Der Benzinpreis soll auf fünf Mark je Liter erhöht werden.
- Die Grünen wollen generelle Tempolimits von 100 km/h auf Autobahnen, 80 km/h auf Landstraßen und 30 km/h innerorts einführen.
- Einführung der Null-Promille-Grenze.

ENERGIE

- Die Grünen wollen den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie.

- Über eine Energiesteuer wollen die Grünen den Energieverbrauch zusätzlich besteuern.

GENTECHNIK

- Die Nutzung der Gentechnik würde durch die Positionen der Grünen fast unmöglich.

ARBEITSMARKT

- Gesetzliche Begrenzung der Arbeitszeit auf maximal 40 (bislang: 60) Wochenstunden.
- Niedrige und mittlere Einkommensgruppen sollen bei Arbeitszeitverkürzungen einen Lohnausgleich erhalten.

GRUNDSICHERUNG

- Die Grünen wollen eine sogenannte Grundsicherung einführen. Danach erhält jeder, der sich in Deutschland aufhält, pauschal mindestens 800 Mark pro Person plus eine Wohnkostenpauschale.
- Der Staat soll keine Möglichkeit haben, Gegenleistungen (z. B. in Form von Arbeit) zu verlangen. Ein Lohnabstandsgebot soll es nicht mehr geben.

RENTE

- Die Grünen sind auf dem Weg zur Einheitsrente. Hohe Renten sollen gekürzt werden, das Rentenniveau soll langfristig sinken.

INNERE SICHERHEIT

- Legalisierung von Haschisch und Marihuana sowie staatlich kontrollierte Heroingabe an Abhängige.

SPD schmückt sich mit den Federn der Union

Zur Behauptung des SPD-Kanzlerkandidaten Gerhard Schröder in der Wirtschaftswoche vom 5. März, die SPD habe die betriebliche Vermögen- und Gewerbesteuer abgeschafft, erklärte die finanzpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gerda Hasselfeldt:

Die Behauptung des SPD-Kanzlerkandidaten Schröder, die SPD habe die betriebliche Vermögen- und Gewerbesteuer abgeschafft, ist eine Unverfrorenheit. Die SPD hat die Abschaffung beider Steuern massiv bekämpft. Offenbar hält Schröder ein Lob für die gute Arbeit der Union dennoch für angebracht und heftet sich

den Erfolg der Union wider besseres Wissens an das eigene Revers. Die Tatsache, daß sich der SPD-Kanzlerkandidat mit Erfolgen der Union brüsten muß, sagt sehr viel über seine Qualitäten aus. Es ist ein Armutszeugnis, wenn er sich mangels eigener Erfolge mit denen der Union schmücken muß.

Dennoch sei der Wahrheit halber daran erinnert: Die SPD hat sich fast vier Jahre gegen die Abschaffung der Gewerbesteuer gewehrt und hat kategorisch eine gesetzliche Abschaffung der Vermögensteuer verweigert. Die Gewerbesteuer konnte nur nach einem mühsamen Vermittlungsverfahren beseitigt werden

- Ablehnung der akustischen Überwachung von Verbrecherwohnungen.
- Die Geheimdienste sollen schrittweise aufgelöst werden.

AUSLÄNDERPOLITIK

- Asylsuchende, Flüchtlinge und Einwanderer sollen einen garantierten Rechtsstatus erhalten. Der Schutz von Flüchtlingen wird zum „obersten Prinzip“ der Asylpolitik erklärt.
- Das geltende Asylrecht wollen sie wieder aufweichen und einen ungehinderten Zugang von Flüchtlingen ermöglichen.
- Alle in Deutschland geborenen Kinder sollen einen deutschen Paß erhalten, wenn wenigstens ein Elternteil dauerhaft den Lebensmittelpunkt in der Bundesrepublik hat.

BILDUNGSPOLITIK

- Die Grünen wollen in der Schule in den ersten acht Jahren die Noten durch sogenannte Lernentwicklungsberichte ersetzen.
 - Ab 1999 sollen diejenigen Betriebe eine Strafabgabe zahlen, die – gemessen an ihrem Umsatz – nicht eine bestimmte Zahl an Jugendlichen ausbilden (Ausbildungsplatzabgabe).
- In der Gesamtbetrachtung des Bundestagswahlprogramms wird deutlich, daß die Grünen, ebenso wie die SPD, überholte ideologische Positionen nicht aufgeben haben. Sie setzen auf Umverteilung, auf mehr Staat und wollen weniger Entscheidungsfreiheit für die Bürger. Sie belasten die Wirtschaft und die fleißigen Menschen unserer Gesellschaft. Mit ihrem Programm haben sie eines mehr als deutlich gemacht:

Die Grünen sind ein unkalkulierbares Risiko!

Generalsekretär Peter Hintze:

Arbeitnehmer und Arbeitslose sind die Verlierer des SPD-Wahlprogramms

Arbeitnehmer und Arbeitslose sind die Verlierer des SPD-Wahlprogrammes. Die von den Sozialdemokraten benannten Wege sind Irrwege. Wenn Deutschland diesen linken Fingerzeigen folgen würde, würden wir unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit verlieren und unsere Arbeitsplätze aufs Spiel setzen.

Die SPD gibt auf die großen Fragen unserer Zeit falsche Antworten. Ihre Vorschläge würden Kapital aus Deutschland vertreiben, die Investitionsbereitschaft lähmen, bestehende Arbeitsplätze gefährden und die notwendige Neustrukturierung unserer Wirtschaft verhindern. Die Kulisse des SPD-Programmwerfs ist aus unfinanzierbaren Wahlversprechen aufgebaut. Der Finanzierungsvorbehalt wirkt wie ein Kopfsprung ins leere Schwimmbaden.

Die SPD verquirlt in ihrem Programm eine Prise sozialistischen Miefs mit altvertrauten sozialdemokratischen Ladenhütern. Das Ganze wird garniert durch ein paar aus der Regierungsarbeit der Union geklauten Ideen und Begriffen. Dabei ist es erstaunlich, daß den Sozialdemokraten das Wort Innovation überhaupt über die Lippen kommt; denn überall, wo in Deutschland ein innovativer Funke sprüht, steht schon ein Genosse mit einem Wassereimer bereit, um ihn zu löschen. So wird etwa die Magnetschwebetechnik Transrapid behindert, die Gentechnologie unter Generalverdacht gestellt und alles Neue, wenn es konkret wird, mit Bedenken überzogen und blockiert.

Die SPD setzt nach wie vor auf Umverteilung, statt Wachstumsimpulse zu setzen. Gegen den Leistungsbereiten und Erfolgreichen wird Neid geschürt, anstatt Mut zur Leistung zu machen. Die SPD setzt weiter auf behagliche Beharrung statt auf Reformen.

Explosiv wird das SPD-Programm in der Verbindung mit den Beschlüssen der Grünen. SPD und Grüne sind die gefährlichste Verbindung seit Nitro und Glycerin. 5 DM

Tagesaktuelle Informationen:

Internet macht's möglich

Die CDU informiert täglich über Themen der aktuellen Politik. Wählen Sie im Internet-Angebot <http://www.cdu.de> die Sparte „Magazin“. Dort bietet Ihnen „Politik OnLine“ einen jeweils um 13.00 Uhr aktualisierten Informationsdienst an.

für den Liter Benzin drangsaliert Autofahrer und vernichtet Arbeitsplätze in der Automobilindustrie. Eine Rückkehr zum alten Asylrecht wäre ein Förderprogramm für Schleuserbanden und würde die Aufnahmefähigkeit Deutschlands total überfordern. Raus aus der NATO hieße auf einen Schutz verzichten, der Frieden in Freiheit überhaupt erst möglich gemacht hat. In Nordrhein-Westfalen kann man beobachten, was der quälende Koalitionskrampf von Rot-Grün bedeutet. Auf der Bundesebene wäre Rot-Grün ein Alptraum. ■

Eine Mischung aus Allerwelts-Weisheiten, längst Beschlossenem und Unsinn

Arbeitgeberpräsident Hundt: SPD-Wahlprogramm ist Rückschritt, ein Investitionsverhinderungs- und Arbeitsplatzvernichtungsprogramm

Die jetzt veröffentlichten Inhalte des SPD-Wahlprogrammes offenbaren nach Auffassung von Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt in erschreckender Weise Rückschritt, altes Denken und mangelnde wirtschaftspolitische Kompetenz. Folgen dieses Programmes wären höhere Sozialversicherungsbeiträge, höhere Steuern, höhere Staatsausgaben, höhere Lohnzusatzkosten und weniger Flexibilität. Damit werden, so Hundt, die strukturellen Probleme des Wirtschaftsstandortes Deutschland verschärft, Investitionen verhindert und Arbeitsplätze vernichtet. . . . Der Entwurf des SPD-Wahlprogramms ist ein „Blair-Konträr-Programm“. Das ist nicht die von Herrn Schröder angekündigte „Moderne“, sondern überholtes, mit den Bedingungen der Weltwirtschaft nicht zu vereinbarendes Denken.

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände – Presse-Information – 4. März

Das Programm enthält nicht viel mehr als die in den letzten Jahren erarbeiteten Forderungen der SPD in Bund und Ländern.

Berliner Zeitung, 5. März, „Sozialdemokratische Sprechblasen aus Bonn“

Der Programmentwurf ist sicherlich keine „Megabotschaft“, er zeigt Richtlinien auf. Da alles in weiser Voraussicht unter einem „Finanzierungsvorbehalt“ steht, bleibt vieles vage.

Unter dem Stichwort „Ökologische Steuerreform“ bleibt das Papier verschwommen. Warum? Weil es fiskalisch ein besonders heikles Thema ist. Vielleicht aber ist es einfach zuviel verlangt, heutzutage solche Fragen zu stellen.

Tagesspiegel, 5. März, „Lafontaines schnelles Torpedo gegen Schröder“

Der sozialpolitische Teil des SPD-Wahlprogramms hat offenbar noch erhebliche Mängel. Experten bezeichneten vor allem

Stimmen der Anderen

die vorgesehenen gesundheitspolitischen Maßnahmen als zu wenig konkret und vor dem Hintergrund der Versprechungen früherer Tage als unvollständig.

Süddeutsche Zeitung, 5. März, „Kritik an SPD-Wahlprogramm“

Die Steuern werden gesenkt, und dafür werden die Renten wieder erhöht, natürlich auch das Kindergeld. Die Firmen werden entlastet, die Arbeitslosen beschäftigt. Toll – wenn das alles denn auch nur halbwegs finanzierbar wäre.

So bleibt es bei leeren Versprechen.

Kölnische Rundschau, 4. März, „Und wer bezahlt?“

Die SPD liefert, das muß man ihr lassen, bildschöne Pläne und Prospekte dafür: Der Entwurf ihres Regierungsprogramms ist ein gefälliges Papier von 33 Seiten, mit dem fast jeder im Land, der eine angenehme Behausung sucht, sich gut anfreunden kann . . .

Wohlweislich hat die SPD ihr Programm unter Finanzierungsvorbehalt gestellt. Wenn es um „mehr Demokratie“ auf Bundesebene geht, steht freilich diese Hintertür nicht offen.

**Süddeutsche Zeitung, 4. März,
„Ein lichter Augenblick der SPD“**

* * *

Die Figur des Modernisierers und Dynamikers verschwindet hinter einem Nebel von ins Vage getauchten Begriffen: Angebotspolitik ohne Vernachlässigung der Nachfrage, Politik für Erwerbchancen mit sozial gebotener Verteilungsrücksicht, Marktwirtschaft ja – aber mit Verstaatlichungsaktionen. Wer – wenn er den Kandidaten an der Wirtschaftspolitik, dem alles entscheidenden Teil der deutschen Politik messen möchte – kann damit etwas anfangen? . . .

Die Steuerpläne der SPD bieten eine Mischung aus Zahlengenauigkeit hinter dem Komma und vernebelnden Textauslegungen. Erkennbar wird, daß im Tarif „oben“ nur wenig und „unten“ kräftiger gesenkt werden soll. Ob das aber gleichzeitig geschieht oder ob erst einmal die Massenkaukraft bedient wird, während der ungeliebte Rest der Reform unter den Finanzierungsvorbehalt eines weiter ausufernden Sozialstaates gestellt wird, bleibt ungewiß.

**Frankfurter Allgemeine, 5. März,
„Was er will, das weiß man nicht“**

* * *

Was will die SPD? Und was ihr Kanzlerkandidat? Auf diese Frage weiß auch die „Financial Times“ keine Antwort. „Herr Schröder ist der Inbegriff des Pragmatikers, der kein klares politisches Glaubensbekenntnis hat. Kurzum: Er bleibt ein Rätsel.“ Rätselhaft ist vor allem der Steuer-Teil des Konzepts, der deutlich die Politik von Parteichef Lafontaine widerspiegelt. Der will Steuerschlupflöcher schließen und den Spitzensteuersatz nur moderat senken. . . .

Noch ist ihr Wirtschaftsprogramm eine Mischung aus Allerwelts-Weisheiten, längst Beschlossenem und (von Lafontaine eingebrachtem) Unsinn.

**Stuttgarter Nachrichten, 5. März,
„Schröders Programm trägt
Lafontaines Handschrift“**

* * *

Der Präsident des Arbeitgeber-Verbandes Gesamtmetall, Werner Stumpfe, hat das Wirtschaftsprogramm der SPD als nicht finanzierbar bezeichnet. Stumpfe sagte am Freitag im Deutschlandfunk, die von den Sozialdemokraten geplante Abgabenteilung sei wünschenswert. Es sei jedoch nicht klar, woher das Geld dafür kommen solle. Eine mögliche Erhöhung der Mineralölsteuer sei keine Lösung, weil sie die Automobilindustrie treffe und Arbeitsplätze kosten werde.

(dpa, 6. März)

* * *

Phillip warnt vor dem sog. Schröder-Programm

Der Handwerkspräsident warnte die SPD davor, die „bescheidenen Fortschritte“ in der Standortpolitik wieder zurückzunehmen, wie es das sogenannte Schröder-Programm vorsehe. Die Rücknahme der Rentenreform hätte zur Folge, daß schon in wenigen Jahren Mehrausgaben von über 100 Milliarden DM anfallen würden. Durch die Neuregelung der Lohnfortzahlung seien die Lohnzusatzkosten um 15 Milliarden DM im Jahr gesunken. Eine Rücknahme dieser Regelung sei kaum mit dem Vorhaben zu vereinbaren, die Lohnzusatzkosten zu senken. Schröder müsse für den Fall eines Wahlsieges froh sein, daß ihm die amtierende Bundesregierung schon zuvor „unbequeme“ Strukturreformen teilweise abgenommen habe.

General-Anzeiger, Bonn, 9. März, „Handwerk fordert grundlegende Reformen“

Wirtschaft sieht keine Alternative zur Regierung Kohl

Die Job-Maschine ist angesprungen. Die Signale, daß wieder mehr Arbeitsplätze in Deutschland entstehen, mehren sich. Anlässlich des Münchner Spitzengesprächs der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeber die Erwartung, daß in den kommenden Monaten 500.000 bis 600.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Auch wollen die Unternehmen zwei Prozent mehr Lehrstellen anbieten. Die Talsohle am Arbeitsmarkt ist durchschritten. Dies zeigt auch die Zahl von 400.000 offenen Stellen gegenüber 50.000 offenen Stellen noch vor einem Jahr.

Damit bestätigt die deutsche Wirtschaft: Der finanz-, wirtschafts- und sozialpolitische Kurs ist richtig. In ihrer gemeinsamen Erklärung anlässlich des Münchner Spitzengesprächs formulieren die Verbände: „Die deutsche Wirtschaft hält die Fortsetzung des von der Regierungskoalition eingeschlagenen Reformkurses für richtig und notwendig.“

Das Programm für mehr Wachstum- und Beschäftigung zeigt Wirkung: Die Kon-

junkturlokomotive in Deutschland nimmt Fahrt auf. Das Bruttoinlandsprodukt wird in diesem Jahr um 2 1/2 bis 3 Prozent wachsen. Der Aufschwung macht sich in allen Bereichen breit, wenn auch im Bau und im Einzelhandel noch ein Wermutstropfen liegt. Zu den tragenden Stützen zählen die Schlüsselindustrien Auto- und Maschinenbau. Unternehmen, die ihre Produktion in den vergangenen Jahren ins Ausland verlagert haben, kehren wieder zurück. Die Zinsen bleiben niedrig. Mit einem Preisanstieg von 1,1 Prozent im Februar 1998 haben wir praktisch Preisstabilität. Der Arbeitsplatzaufbau zeichnet sich ab.

Die Fortsetzung des Reformkurses bleibt notwendig, wenn die Nachhaltigkeit der Entwicklung gesichert bleiben soll. In einem Kurswechsel sehen die Spitzenrepräsentanten große Gefahren für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und die Sicherheit von Arbeitsplätzen:

„Eine Politik dagegen, die das Erreichte rückgängig machen, die vor allem die jüngsten Sozialversicherungsreformen zurücknehmen will, würde strukturelle

Generalsekretär Peter Hintze:

Zukunft gewinnt Deutschland nur mit der Wirtschaft

Die Soziologenlegende vom Ende der Arbeit in Deutschland ist widerlegt. Der Aufschwung hat eingesetzt und erzeugt neue Arbeitsplätze. Die Jobmaschine ist angesprungen. Bis zu einer halben Million neuer Jobs werden noch in diesem Jahr die positive Wirkung unseres Programms für Wachstum und Beschäftigung zeigen.

Unser Weg erweist sich als richtig. Helmut Kohl ist der Garant für den Aufschwung. Zukunft gewinnt Deutschland nur mit der Wirtschaft, nicht gegen sie. Entscheidend ist, daß der Weg der Reformen konsequent fortgesetzt wird. Die nächsten Großprojekte sind der EURO und die Durchsetzung der Steuerreform.

Probleme verschärfen, Investitionen verhindern und Arbeitsplätze vernichten.“ Die Verbände kritisieren

- das geplante Zurückdrehen von Reformen wie zum Beispiel bei den Renten, bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, bei der Liberalisierung des Kündigungsschutzes;

- die geplante Einführung von neuen Abgaben für Unternehmen, die nicht ausbilden, und die Wiedereinführung der Vermögensteuer;

- die geplante Erhöhung des Benzinpreises auf 5 DM je Liter;

- die geplante nur geringfügige Absenkung des Höchststeuersatzes auf 49 Prozent;

- den geplanten Ausstieg aus der Kernenergie, die 30 Prozent des deutschen Strombedarf deckt;

- die Verstaatlichung von Betrieben.

Auf dem Weg zu mehr Beschäftigung und weniger Arbeitslosigkeit könnten wir bereits weiter vorangekommen sein - auch dies bestätigt die deutsche Wirtschaft.

Notwendig bleibt die große Steuerreform auf der Grundlage der Petersberger Beschlüsse mit niedrigen Steuersätzen, Vereinfachung im Steuerrecht und deutlichen Entlastungen für Bürger und Wirtschaft. Sie muß einen Betrag für mehr Wachstum und Investitionen in- und ausländischer Unternehmen leisten.

Entscheidung über Steuerreform

Die Wählerinnen und Wähler müssen nun mit der Bundestagswahl zugleich eine Entscheidung über die Steuerreform treffen. Sie werden über die Frage „weniger Steuern - mehr Arbeitsplätze“ durch niedrigere Steuersätze, ein einfacheres und gerechteres Steuerrecht oder „mehr Steuern - weniger Arbeitsplätze“ durch Steuererhöhungen, Umverteilung und Verkomplizierung des Steuerrechts entscheiden. Einem zustimmenden Votum der Wählerinnen und

Wähler für die große Steuerreform kann sich dann der SPD-blockierte Bundesrat nicht länger verweigern.

Der Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen ist ein Gebot sozialer Gerechtigkeit. Blockaden und Verzögerungen aufgrund von sozialistischem, ideologischem Ballast sind kein überzeugendes Signal für Arbeitnehmer und Arbeitslose. Purem Aktionismus und wahltaktischem Populismus setzen CDU und CSU Verlässlichkeit, Berechenbarkeit und Stetigkeit mit der Reformpolitik unter Führung von Bundeskanzler Helmut Kohl entgegen. Bundesregierung und Koalition stehen für Reformen zur Erneuerung und Modernisierung, zur Flexibilisierung und Deregulierung der Wirtschafts- und Sozialordnung auf dem Fundament der über Jahrzehnte bewährten Sozialen Marktwirtschaft. Nur Reformen, die Deutschland auf die Zukunft vorbereiten, erhalten und schaffen Arbeitsplätze, schaffen Wohlstand und Gerechtigkeit.

Hans Peter Stihl, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages:

„Wir wollen noch mal klar beim Namen nennen, wer die Entstehung von neuen Arbeitsplätzen in Deutschland nach Kräften blockiert. Das ist der Bundesrat unter der Führung der SPD-regierten Länder.“

* * *

Dieter Hundt, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände: „Wir haben derzeit etwa 400.000 offene, der Arbeitsverwaltung gemeldete Stellen. Vor einem Jahr war dieser Wert etwa 50.000 Stellen. Wir haben einen deutlichen Aufschwung, und deshalb bin ich überzeugt, wir werden bald diesen Arbeitsplatzzuwachs haben und auch eine entsprechende Entwicklung nach unten in der Arbeitslosenzahl.“

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Soziale Sicherheit der Bürger auch in Zukunft gewährleistet

Der Bundeskanzler hat am 4. März die Präsidenten und Vorsitzenden der Wohlfahrtsverbände zu einem Meinungsaustausch empfangen.

Gesprächspartner waren Prof. Dr. Dieter Sengling, Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege und Vorsitzender des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Dr. Manfred Ragati, Bundesvorsitzender der Arbeiterwohlfahrt, Prälat Hellmut Puschmann, Präsident des Deutschen Caritasverbandes, Johann-Wilhelm Römer, Generalsekretär des Deutschen Roten Kreuzes, Pfarrer Jürgen Gohde, Präsident des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland sowie Ignaz Bubis, Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland.

Helmut Kohl dankte den Wohlfahrtsverbänden für ihre unverzichtbare Arbeit in unserer Gesellschaft und bat sie, gemeinsam mit ihren haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in ihrem Engagement für den Nächsten nicht nachzulassen. Es gelte, Lösungen für bestehende Probleme zu suchen und mit dem Willen zum Miteinander eine gute Zukunft für unser Land zu sichern.

Prof. Dr. Sengling erläuterte das Selbstverständnis und die Entwicklungsperspektiven der Freien Wohlfahrtspflege anhand des neuen Leitbildes. Danach sehen sich die Wohlfahrtsverbände als Anbieter sozialer Dienste, verstehen sich als Anwalt für Hilfsbedürftige und möchten Menschen zum Einsatz für das Gemeinwohl ermutigen. Er betonte gleichzeitig, daß Wertegebundenheit und Sozialverantwortlichkeit

bei aller Pluralität der Ansätze und Methoden der Verbände nach wie vor Grundprinzip der Freien Wohlfahrtspflege sei.

Die Gesprächsteilnehmer stimmten überein in der großen Bedeutung des Ehrenamtes in unserer Gesellschaft. Sie betonten, daß die Rahmenbedingungen für ein wirkungsvolles Ehrenamt weiter nachhaltig gefördert werden müssen. Es bestand Einigkeit, daß für das Ehrenamt die notwendige ideelle Unterstützung und Anerkennung durch die Gesellschaft entscheidend sei.

Bundeskanzler Helmut Kohl machte zum Thema „Zukunft des Sozialstaates“ deutlich, daß die soziale Sicherheit der Bürger auch in Zukunft gewährleistet bleibt. ■

**Broschüre:
„Politik für
Arbeitnehmer“**

Bestell-Nr.: 5330

Verpackungseinheit: 50 Expl.

Preis je 50 Expl.:

29,00 DM zzgl.

MwSt. und

Versand

**Politik
für Arbeit-
nehmerinnen
und
Arbeitnehmer**

CDU

Roland Koch:

„Wir werden Schröder als Hallodri entlarven“

SPD-Kandidat flüchtet vor Sachfragen / Nur Kohl kann man trauen

Würden Sie von Gerhard Schröder einen Gebrauchtwagen kaufen? Nein, ich auch nicht. Und dieses Grundgefühl vieler Menschen beschreibt vielleicht den Unterschied zwischen Helmut Kohl und Gerhard Schröder.

Auf den einen – Helmut Kohl – kann man sich verlassen, bei dem anderen – Gerhard Schröder – kann man sich darauf verlassen, daß auf ihn kein Verlaß ist, daß er Positionen wechselt wie andere Hemden.

Die Union bietet einen verlässlichen Bundeskanzler, bei dem Menschen wissen, daß er nicht mit ihnen „spielt“, zur Wiederwahl an. Während Schröder ankündigt, alle von der CDU-geführten Bundesregierung begonnenen Reformen rückgängig zu machen und damit eine Politik des wirtschaftlichen Revanchismus betreiben zu wollen, vertritt die CDU ihre Überzeugungen auch dort, wo es dem Bürger weh tut. Sie muß dieses sicher noch mutiger, noch konsequenter tun. Denn auf die sanfte Tour kann der Standort Deutschland nicht reformiert werden. Das wissen mehr Bürger, als Schröder glaubt.

Die Aufgabe der CDU ist es, Schröder zu stellen. Gelingt es ihm, vor allen Sachfragen zu flüchten oder als politisches Chamäleon vor dem DGB so herum und vor der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände andersherum zu sprechen – oder entlarven wir Schröder als politischen Hallodri, bei dem niemand weiß, wo er dran ist?

Sind Schröders markige Sprüche zur Verbrechensbekämpfung glaubwürdig, wenn

Niedersachsen über das bundesweit einzige Polizeigesetz verfügt, das der Polizei nicht mehr den Auftrag gibt, die öffentliche Ordnung zu schützen? Oder sind sie glaubwürdig vor dem Hintergrund, daß ausgerechnet der Hannoveraner Polizeipräsident wegen der miserablen Ausstattung seiner Polizei nach Sponsoren schreit.

Würde die von Zukunftsminister Rüttgers organisierte Aufholjagd Deutschlands bei der Biotechnologie unter Rot-Grün weiter-

Beitrag des Landesvorsitzenden der CDU Hessen in der F.A.Z.-Sonntagszeitung vom 8. März

gehen – oder würde Deutschland wegen der alten rot-grünen Technikfeindlichkeit im weltweiten Wettbewerb zurückfallen? Würden wir zu unseren internationalen Verpflichtungen in der Nato stehen – oder dank Rot-Grün ins internationale Abseits abrutschen? Würde der „Automann“ Schröder sich durchsetzen, oder würden die Grünen mit ihrer Forderung nach fünf Mark je Liter Benzin den Autofahrer, den Pendler bestrafen? Wie würde Schröder sich verhalten, wenn er nur dank der SED-Nachfolgeorganisation PDS eine Chance hätte, gewählt zu werden? Nein, am 27. September findet kein Schönheitswettbewerb statt, sondern eine Wahl zum Deutschen Bundestag.

Schwerer Rückschlag für die Innere Sicherheit Kandidat Schröder entlarvt

Zur Entscheidung des Deutschen Bundestages zum Vermittlungsergebnis in Sachen „Akustische Wohnraumüberwachung“ erklärte der Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rupert Scholz:

Die SPD hat im Deutschen Bundestag ihre Unzuverlässigkeit in der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität erneut unter Beweis gestellt. Nachdem CDU/CSU seit Jahren für die Einführung der „technischen Wohnraumüberwachung“ als entscheidenden Schritt im Kampf gegen das organisierte Verbrechen gekämpft hat, hat die SPD mit ihrem Abstimmungsverhalten im Deutschen Bundestag dafür gesorgt, daß dieses Instrument von vornherein funktionsuntauglich gemacht wird.

Endgültig eingeknickt

Noch vor kurzem hat sich die SPD dafür feiern lassen, daß sie mit uns einen gemeinsamen Gesetzentwurf vereinbart hatte. Von dieser Vereinbarung ist sie schrittweise abgewichen, bis sie dann im Bundesrat endgültig eingeknickt ist.

Das gleiche Land Niedersachsen, das in der Verhandlungskommission dieses Ergebnis mit ausgehandelt hatte (Innenminister Glogowski), hat sich dann im Bundesrat auf die Seite derer gestellt, die dieses Instrument schlicht und einfach kaputtmachen wollten.

SPD mit Grünen und PDS

Im Bundestag hat heute die SPD mit denen gestimmt (Grüne und PDS), die das Instrument der „akustischen Wohnraumüberwachung“ von Anfang an abgelehnt haben. Sie hat sich damit auf die Seite derer gestellt, die eine möglichst wirkungslose Verbrechensbekämpfung wollen. Die Abstimmung hat gezeigt, was die Bürger von der SPD in Sachen innere Sicherheit wirklich zu erwarten haben. Damit ist auch der Kanzlerkandidat Schröder entlarvt, der über seinen Innenminister das Ergebnis mit ausgehandelt hatte und es im Bundesrat und jetzt im Bundestag torpediert hat.

Schröder hat es zugelassen, daß sich die SPD in einem „Volksfront-Bündnis“ mit Grünen und PDS gegen die innere Sicherheit gestellt hat.

Sieben Monate sind eine lange Zeit, in der Schröder Tag für Tag gestellt werden muß. Ihm drohen mehr Fragen, als ihm lieb sein können. Und sieben Monate kann selbst Gerhard Schröder nicht den „Richard Kimble der deutschen Politik“ („Auf der Flucht“) spielen.

Auf Streit in der Union brauchen die Sozialdemokraten nicht zu hoffen. Die

CDU weiß, daß es am 27. September „um die Wurst geht“. Sie wird deshalb geschlossen hinter dem Bundeskanzler und ihren eigenen politischen Inhalten stehen.

Es geht nämlich nicht „nur“ für die CDU um viel, sondern für Deutschland. Es geht darum, ob aus Deutschland eine andere Republik wird. ■

Was die Linken wirklich wollen

Wissenswertes über die politischen Vorstellungen
von SPD, Grünen und PDS

Stichwort Gelöbnis

SPD

Im Zusammenhang mit dem öffentlichen Gelöbnis der Bundeswehr in Berlin stellte Wolfgang Thierse, stellvertretender SPD-Parteivorsitzender, die Bundeswehr in unverantwortlicher Weise in die Tradition der Aufmärsche von SED-Kampfgruppen: Soll jetzt die Bundeswehr dieses Erbe antreten, also in der Tradition der Kampfgruppenaufmärsche ein militärisches Zeremoniell veranstalten?

(Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 29. 1. 1998)

GRÜNE

Die Grünen machen aus ihrer Verachtung für die Gelöbnisse der Bundeswehr ebenfalls keinen Hehl: Wir fordern die Abschaffung der öffentlichen Gelöbnisse und den Verzicht auf jegliches militärische Brimborium.

(Pressemitteilung der Grünen-Bundestagsfraktion vom 8. 1. 1998)

Jürgen Trittin kündigte in militanter Wortwahl an: „Die Grünen werden gegen solche Veranstaltungen mobil machen“. (Die WELT, 15. 1. 1998)

PDS

Auch die SED-Fortsetzungspartei verunglimpft das öffentliche Gelöbnis:

„... plant die Regierung eine plumpe militärische Machtdemonstration mit Blick auf den Wahlkampf.“

Das Bundeswehr-Gelöbnis mitten in Berlin aktiviert Zwietracht, Proteste, Unruhe und setzt eine abstruse nationale Symbolik in Gang.

(Gerhard Zwerenz, friedenspolitischer Sprecher der PDS-Gruppe, MdB-Pressedienst, 28. 1. 1998)

Für die CDU ist das Bekenntnis junger Wehrpflichtiger zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit unabdingbar. Alljährlich finden nahezu drei Viertel aller feierlichen Gelöbnisse öffentlich statt, damit die Öffentlichkeit Anteil nehmen und die Familien unserer Soldaten die Verpflichtung, für Frieden und Freiheit des deutschen Volkes einzutreten, in einem würdigen Rahmen erleben können. Wer dies nicht will, hat den tieferen Sinn einer Verpflichtung auf die Verfassung nicht verstanden. Es gibt keinen Grund, die Bundeswehr, die aktiv für den Frieden in Freiheit und für die Wahrung der Menschenrechte eintritt, an diesem Tag zu verstecken.

Bundesfinanzminister Theo Waigel:

Weltweit einmaliger Stabilitätspakt

In Amsterdam ist der „Stabilitäts- und Wachstumspakt“ ohne jeden Abstrich verabschiedet worden, so wie ihn die Finanzminister vorbereitet hatten. Auf EU-Ebene haben wir somit das Notwendige getan, damit die Haushaltsdisziplin auf Dauer gesichert ist. Es wird keinen „weichen“ EURO geben. Dafür sorgen die entscheidenden Elemente des Stabilitäts- und Wachstumspaktes:

- die Festschreibung der 3 Prozent-Defizit-Regel als Höchstgrenze;
- das automatisch einzuleitende Sanktionsverfahren bei Überschreitung der Höchstgrenze und
- die Verhängung von Sanktionen binnen 10 Monaten, falls keine wirksamen Korrekturmaßnahmen ergriffen werden.

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt wird seine Abschreckungswirkung nicht verfehlen. Sein Verfahren ist transparent und für jeden von vornherein berechenbar. Der Stabilitätspakt ist weltweit einmalig. Er bedeutet die endgültige und fundamentale Abkehr von einer unsoliden Finanzpolitik durch Festlegung eines mittelfristigen Haushaltszieles „nahe am Ausgleich oder sogar im Überschuß“.

Die Stabilität des EURO

wird nicht allein durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt dauerhaft gesichert. Der Vertrag von Maastricht hat die notwendige Konvergenz schon vor Beginn der Wirtschafts- und Währungsunion vorangetrieben. Ich habe in Amsterdam gefordert – und wurde immer wieder von Skeptikern belächelt oder gescholten: Wir müssen auch in Deutschland diesen Anforderungen überzeugend gerecht werden. An den Vorgaben

des Maastricht-Vertrages darf nicht gerüttelt werden.

Rückzug des DIW auf der ganzen Linie

Manche wollten es zunächst nicht wahrhaben. So rechnete das DIW in Berlin noch letzte Woche eher mit einer Defizitquote

Aus der Rede in der Bundesdebatte am 5. März über den Vertrag von Amsterdam

von 3 % Prozent des BIP. Als dann das Statistische Bundesamt seine Zahlen vorgelegt hatte, verstieg sich das DIW dazu, die Zahlen des Statistischen Bundesamtes öffentlich anzuzweifeln – ein einmaliger Vorgang, der durch keinerlei Fakten gedeckt war. Das DIW hat inzwischen in einer Presseerklärung den Rückzug auf der ganzen Linie angetreten:

● **Das DIW räumt ein**, daß es seine Zweifel an den Zahlenangaben des Statistischen Bundesamtes in Unkenntnis der tatsächlichen Daten über die Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Körperschaften im vierten Quartal 1997 gemacht hat.

● **Das DIW räumt ein**, daß das Statistische Bundesamt bei der Errechnung des Staatsdefizits 1997 über eine weitaus vollständigere statistische Grundlage verfügt als es selbst.

● **Das DIW erklärt**, daß es die Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes zum Staatsdefizit 1997 nicht in Frage stellen wollte.

● **Auch die DIW-Zahlen** über den katastrophalen Investitionsrückgang im vierten Quartal, der sich angeblich aus dem Jahresergebnis des Statistischen Bundesamtes ergäbe, mußten zurückgenommen werden. ■

Das Linksbündnis formiert sich:

Zum ersten Mal abgestimmtes Verhalten von SPD, Grünen und PDS im Bundestag

Die Regierungskoalition aus CDU, CSU und FDP hat im Deutschen Bundestag bei der Abstimmung über die einfache gesetzliche Regelung der akustischen Wohnraumüberwachung das von der SPD-Mehrheit im Bundesrat erzwungene Vermittlungsergebnis nicht zurückweisen können, weil 9 FDP-Abgeordnete unsere Haltung nicht unterstützt haben. Dies ist ein ernster Vorgang.

Ein wichtiges Gesetz zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität wurde verwässert. Besonders alarmierend ist die Tatsache, daß SPD, Grüne und PDS zum ersten Mal im Bundestag aktiv zusammenwirkten. Dies ist das erste Signal des SPD-Kandidaten Schröder.

Zur Chronologie der Ereignisse:

● In der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU, CSU und FDP ist der Grundsatz festgeschrieben, daß die Bundesregierung keine Gesetzesvorhaben verfolgt, die nicht von allen Koalitionspartnern gemeinsam vertreten werden können.

Im Fall der akustischen Wohnraumüberwachung hat die FDP erklärt, daß sie bei einer Abstimmung nicht alle Stimmen der Fraktion garantieren könne. Sie werde aber keine Einwände erheben, wenn die Unionsparteien zusammen mit der SPD und der Mehrheit der FDP eine gesetzliche Regelung verabschieden würden.

Am 16. Januar 1998 hat der Deutsche Bundestag mit Mehrheit das Gesetz zur

Änderung des Grundgesetzes (Art. 13) und das Gesetz zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität beschlossen. Dabei ergab sich folgendes Stimmverhalten der Abgeordneten:

Ja-Stimmen:	Nein-Stimmen:
CDU/CSU geschlossen	SPD 105
SPD 125	FDP 10
FDP 35	Grüne geschlossen
	PDS geschlossen

Grundgesetzänderung und Gesetzesbeschluß waren möglich geworden, weil die SPD ihre in den Verhandlungen gegebenen Zusagen mehrheitlich eingehalten hatte. Daß einzelne Abgeordnete der FDP gegen die Gesetze stimmen würden, war vorab bekannt; dies stellte aber das Gesetzesvorhaben nicht in Frage.

● Nach dem Beschluß des Bundestages rückte die SPD von ihrer Haltung wieder ab und strebte eine Änderung des Ausführungsgesetzes über den Bundesrat an. Offenkundig sollte der Eindruck vermieden werden, zwischen SPD und Grünen gebe es tiefgreifende Auffassungsunterschiede. In einem Vermittlungsverfahren zwischen Bundesrat und Bundestag setzte die SPD mit ihrer Ländermehrheit durch, daß der Kreis der Ausnahmen wesentlich erweitert und das Gesetz erheblich durchlöchert wird.

● Am 5. März 1998 hatte der Deutsche Bundestag erneut über das Gesetz zur Ver-

besserung der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität abzustimmen; diesmal in der Fassung des Vermittlungsausschusses. Hier das Stimmverhalten der Abgeordneten:

Ja-Stimmen:		Nein-Stimmen:	
CDU/CSU	1	CDU/CSU	287
(versehentlich falsche Verwendung einer Stimmkarte)			
SPD	geschlossen		
FDP	9	FDP	34
Grüne	geschlossen		
PDS	28	PDS	1

Fazit: Die FDP-Abgeordneten mit abweichender Meinung haben sich während des ganzen Verfahrens ablehnend verhalten.

Aber: Die SPD hat in diesem Gesetzgebungsverfahren ihr wahres Gesicht gezeigt. Um aus dem Geruch herauszukommen, die Bekämpfung der Kriminalität nicht ernst genug zu nehmen, hat sie mit Union und FDP-Mehrheit eine Vereinbarung getroffen. Ihre Zusage war bereits wenige Tage später nichts mehr wert. Im Deutschen Bundestag ist sie ein Aktionsbündnis mit den Grünen und der PDS eingegangen. Sie hat wider bessere Einsicht eine Verbesserung der Kriminalitätsbekämpfung verhindert. Aber sie hat jetzt auch eindeutig klargemacht, worum es in der politischen Auseinandersetzung des Jahres 1998 geht: Um die klare Entscheidung zwischen den politischen Kräften der Mitte oder einem Linksbündnis aus Sozialdemokraten, Grünen und PDS. Wie stark ausgeprägt der Wille war, die politische Linksformation öffentlich sichtbar zu machen, zeigt übrigens die Tatsache, daß Grüne und PDS ihre ursprüngliche grundsätzliche Ablehnung aufgegeben und der akustischen Wohnraumüberwachung in der SPD-Fassung zugestimmt haben.

Ergebnis dieser fatalen Aktion ist eine gesetzliche Regelung mit eingebauten Schlupflöchern. Neben Geistlichen, Strafverteidigern und Abgeordneten sind nun weitere Berufsgruppen aufgenommen: Hebammen, Mitarbeiter von Beratungsstellen, Journalisten, alle Rechtsanwälte, Notare, Wirtschaftsprüfer, Buchprüfer, Steuerberater, Ärzte, Zahnärzte und Apotheker. Eine so weit gespannte Ausnahmeregelung öffnet kriminellen Tricks und Betrügereien Tür und Tor.

Festzuhalten bleibt:

- 1.** CDU und CSU sind die einzige politische Kraft in Deutschland, die uneingeschränkt für die innere Sicherheit steht.
- 2.** SPD, Grüne und PDS versagen bei der Verbrechensbekämpfung. Sie machen Deutschland unsicher.
- 3.** Die Änderung des Art. 13 Grundgesetz bleibt unangetastet. Die einfachen gesetzlichen Regelungen zur Verbrechensbekämpfung, die jetzt aufgeweicht wurden, können nachgebessert werden. Auch dafür wollen wir am 27. September eine Mehrheit!
- 4.** SPD, Grüne und PDS haben erstmals offen im Bundestag zusammengewirkt. Das war die erste parlamentarische Aktion des Linksbündnisses unter der Verantwortung des Kandidaten Schröder. Die politische Schlachtordnung in Deutschland ist in Bewegung geraten. Die Entscheidungsalternative zwischen uns und den anderen tritt immer klarer zutage.

**Es geht um Zukunft oder eine andere Republik.
Jetzt heißt es: Flagge zeigen!**

„Ostdeutschland hat Zukunft“

Phase der Stabilisierung und des Wachstums nutzen

Zum Ergebnis der Klausurtagung der 66 ostdeutschen CDU-Bundestagsabgeordneten in Halle erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der Sprecher der Abgeordnetengruppe Paul Krüger:

Nach dem beispiellosen Strukturwandel in Ostdeutschland ist es jetzt existentiell notwendig, die Phase der Stabilisierung und des Wachstums erfolgreich zu gestalten. Hauptziel bleibt die Schaffung von Arbeitsplätzen der Zukunft.

In den vergangenen Jahren sind von der Bundesregierung und den Koalitionsfraktionen gute Voraussetzungen erarbeitet worden, Arbeitsplätze auf dem regulären Arbeitsmarkt zu schaffen. Die Phase der Stabilisierung hat längst begonnen. Auf wichtigen Zukunftsfeldern ist in den neuen Ländern bereits ein sprunghaftes Wachstum zu verzeichnen. Zu den besonders erfolgsträchtigen Schlüsselbereichen gehören deshalb die Branchen der chemischen, der metall- und kunststoffverarbeitenden Industrie, des Maschinen- und Fahrzeugbaus sowie die Büro- und EDV-Technik. Moderne Infrastruktur, wie der beispielhafte Ausbau der Telekommunikation, bieten zusätzliche Möglichkeiten vor allem im Bereich innovativer, wertschöpfender Dienstleistungen.

Weichen richtig gestellt

Die Neuregelung der steuerlichen Wirtschaftsförderung im vergangenen Jahr hat hier die Weichen richtig gestellt. Es gilt nun, diese Politik für mehr Arbeitsplätze auch in den kommenden Jahren konsequent fortzusetzen.

Daraus resultierende Chancen auf neue Beschäftigungsverhältnisse lassen sich nur mit der nachhaltigen Unterstützung durch Politik und Sozialpartner verwirklichen. Deshalb sollte im engen Zusammenwirken von Bund und Tarifpartnern das Bündnis für Arbeit fortgesetzt werden.

Dabei kommt es besonders auf die Beiträge der Länder an. Die Anstrengungen des Bundes für neue Investitionen und Arbeitsplätze werden durch die gegenläufige Politik von Rot-Grün in Sachsen-Anhalt behindert. In Sachsen-Anhalt findet heute kein Wirtschaftswachstum mehr statt. In

Aus Wahlkampfgründen blockiert die SPD im Bundesrat die dringend notwendige Steuerreform und verhindert damit die Schaffung von Arbeitsplätzen.

den letzten Jahren ist nirgendwo sonst in den neuen Ländern die Arbeitslosigkeit so stark gestiegen wie in Sachsen-Anhalt. Daß dies kein Zufall ist, beweist die analoge Entwicklung in den alten Ländern.

Die SPD-regierten Länder Niedersachsen und Saarland haben dort besonders hohe Arbeitslosigkeit und Verschuldung. Ausgesprochen schädlich für das Ziel, Arbeitsplätze zu schaffen, ist die SPD-Blockade der dringend notwendigen Steuerreform im Bundesrat aus Wahlkampfgründen.

Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in den neuen Ländern bleiben eine notwen-

BZA stellt 100.000 neue Arbeitsplätze durch Zeitarbeit in Aussicht

Die Zeitarbeitunternehmen in Deutschland haben seit dem Inkrafttreten des liberalisierten Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) am 1. April 1997 bis Ende des Jahres rund 81.000 Mitarbeiter neu eingestellt, was einem Wachstum von 31 Prozent entspricht.

Dies geht aus Erhebungen des Bundesverbandes Zeitarbeit Personal-Dienstleistungen (BZA) hervor, die der BZA am 25. Februar in Bonn vorlegte. Nach Ansicht des Verbandes haben die im AÜG vorgenommenen Lockerungen beträchtlichen Anteil an dieser Entwicklung.

Dauerhafte Arbeitsplätze

„Das sind genau die Effekte für den Arbeitsmarkt, die wir erwartet haben“, zeigte sich BZA-Hauptgeschäftsführer Gert Denkhaus mit den Ergebnissen der aktuellen Verbandsumfrage zufrieden. Über 50 Prozent der Zeitarbeit-

nehmer seien vorher ohne Beschäftigung gewesen, und knapp ein Drittel hätten über die Zeitarbeit einen dauerhaften Arbeitsplatz bei einem Kundenbetrieb gefunden.

Denkhaus forderte den Gesetzgeber auf, angesichts der positiven Erfahrungen jetzt den zweiten Reformschritt einzuleiten. Mit den Vorschlägen der BZA ließen sich in zwölf Monaten über 100.000 Neueinstellungen bei Zeitarbeitunternehmen erreichen.

Befristet und synchron

Die BZA will die Zeitarbeitunternehmen mit anderen Arbeitgebern gleichstellen. Dies würde voraussetzen, daß Zeitarbeitnehmer nach Maßgabe allgemeiner arbeitsrechtlicher Grundsätze befristet oder synchron beschäftigt werden können. Bereits die Wiederzulassung der Zeitarbeit im Bauhauptgewerbe würde nach Einschätzung des BZA rund 50.000 neue Arbeitsplätze bringen.

dige Ergänzung zur Förderung des regulären Arbeitsmarkts. Sie sollen wo immer möglich als Brücke in reguläre Beschäftigungsverhältnissen in der Wirtschaft dienen. Allein dank des Instruments der Lohnkostenzuschüsse sei 1998 mit rund 150.000 zusätzlichen Beschäftigungsverhältnissen zu rechnen. Weitere Anstrengungen, das Potential insbesondere bei den Vergabe-ABM zu nutzen, sollten auch von anderen öffentlichen Trägern, z. B. den Kommunen, unternommen werden.

Zusätzlich bleiben andere Maßnahmen wie die Regie-ABM für Arbeitsuchende, deren Vermittlungschancen auf dem frei-

en Arbeitsmarkt besonders stark beeinträchtigt sind, ebenso unverzichtbar wie gezielte Fortbildung und Umschulung. Die ostdeutschen Unionsabgeordneten begrüßen in diesem Zusammenhang, daß die Bundesregierung den Zugang zu diesen Maßnahmen erleichtert und vereinfacht hat.

Ostdeutschland hat Zukunft:

Die Chancen für ein beschleunigtes, Arbeitsplätze schaffendes Wachstum der ostdeutschen Wirtschaft sind gut. Wir werden diese Chancen nutzen können, wenn alle Beteiligten gemeinsam ihren Beitrag leisten. ■

Seriöse Arbeitsmarktkonzepte langfristig planen

Zur diesjährigen Klausurtagung der ostdeutschen Unionsabgeordneten, die am 8. und 9. März in Halle stattgefunden hat, erklärte der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundesfraktion Clemens Schwalbe:

Die Schaffung von Arbeitsplätzen im 1. Arbeitsmarkt wird weiterhin eine langfristige Aufgabe darstellen. Der Umstrukturierungsprozeß hat gezeigt, daß in den neuen Ländern modernste Betriebe entstanden sind, die aufgrund ihrer Effektivität mit wesentlich weniger Arbeitskräften auskommen, als dies früher der Fall gewesen ist. Daher ist es von großer Bedeutung, daß die begonnenen Reformen weiterhin strikt umgesetzt werden. Insbesondere die von der SPD blockierte Steuerreform hätte zur weiteren Schaffung von Arbeitsplätzen entscheidend beigetragen. Die Gefahr, daß weitere Arbeitskräfte in die Schattenwirtschaft abwandern, ist somit noch nicht gebannt.

Bei der Analyse der Schwierigkeiten auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt war von besonderer Bedeutung die unterschiedliche Entwicklung in den Ländern Sachsen und Sachsen-Anhalt. Aufgrund der Mißwirtschaft der rot-grünen, PDS-gedul-

deten Minderheitsregierung bieten die Staatsfinanzen und die Wirtschaft des Landes eine desolante Situation. Die Pro-Kopf-Verschuldung ist in Sachsen-Anhalt doppelt so hoch wie in Sachsen. Die Arbeitslosenquote liegt ebenfalls mehr als 2 Prozent über der Sachsens und insgesamt an der Spitze Gesamtdeutschlands. Maßnahmen, die zu einem Wirtschaftswachstum und damit langfristig zum Entstehen von Arbeitsplätzen führen könnten, werden nicht ergriffen: in Sachsen-Anhalt findet heute kein Wirtschaftswachstum mehr statt.

Unzureichende Umsetzung

Um einen kurzfristigen Abbau der Arbeitslosigkeit sicherzustellen, müssen die durch die Bundesanstalt für Arbeit in Milliardenhöhe zur Verfügung gestellten Gelder nun endlich in den zweiten Arbeitsmarkt abfließen. Die CDU-Bundestagsabgeordneten werden mit den Landesarbeitsämtern, aber auch den Arbeitsämtern vor Ort zusammenarbeiten, um festzustellen, wo die Ursachen für die völlig unzureichende Umsetzung der zur Verfügung stehenden Mittel in ABM-Maßnahmen liegen.

Neuer Informationsservice

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle bietet für das Wahljahr einen neuen Service an: Unter der **Telefaxrufnummer 0180-5-213500** können Sie mit Ihrem Faxgerät seit dem 1. Februar täglich aktuelle politische Informationen abrufen (Gebühr: DM 0,46/min). Sollten Sie über einen Online-Zugang verfügen, finden Sie auch im Internet unter <http://www.cdu.de> und in T-Online unter *cdu# tagesaktuelle Informationen.

Durchbruch bei der Vermögensbildung

Neben dem Arbeitseinkommen ein zweites Standbein

Der 9. Parteitag der CDU hat beschlossen, daß noch in dieser Legislaturperiode ein rechtlicher Rahmen geschaffen werden soll, „der es den Tarifpartnern bzw. einem Unternehmen in Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat ermöglicht, daß die Arbeitnehmer einen Teil ihres Lohnes in die Eigenkapitalbildung ihres Unternehmens als Miteigentum oder in außerbetrieblichen Beteiligungsformen investieren und an den Erträgen beteiligt werden. Moderne Formen der Arbeitnehmerbeteiligung am Produktivvermögen in den neuen Bundesländern sollen besonders gefördert werden.“

Die Koalitionsfraktionen haben am 4. März einen entsprechenden Gesetzentwurf zur Verbesserung der Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer in den Deutschen Bundestag eingebracht. Das Gesetz soll noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden und am 1. Januar 1999 in Kraft treten.

Vermögensbildung ist eine tragende Säule unserer Sozialen Marktwirtschaft

Eine breite Streuung des Eigentums ist ein wichtiger Pfeiler für die Stabilität unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Vermögen soll sich nicht in den Händen einiger weniger befinden, sondern über alle Bevölkerungsgruppen und -schichten verteilt sein. Die Vermögenspolitik der CDU-geführten Bundesregierung hat maßgeblich dazu beigetragen, daß die Vermögensverteilung in Deutschland in der jüngeren Vergangenheit gleichmäßiger geworden ist.

Erfolgreiche Vermögenspolitik

Die Bundesregierung hat 1983 eine Änderung in der Vermögenspolitik eingeleitet, die auf eine verstärkte Beteiligung der Arbeitnehmer am Kapital der Unternehmen zielt. Dadurch wuchs der in Beteiligungen angelegte Anteil der vermögenswirksamen Leistungen nach dem Vermögensbildungsgesetz von rund zwei Prozent in 1983 auf rund zehn Prozent in 1996. Rund 17 Milliarden Mark vermögenswirksame Leistungen wurden 1996 von rund 24 Millionen Arbeitnehmern angelegt. Davon waren etwa die Hälfte Arbeitgeberleistungen. Tarifvertragliche Vereinbarungen über vermögenswirksame Leistungen der Arbeitgeber galten Ende 1996 für 95 Prozent der durch Tarifverträge erfaßten westdeutschen Arbeitnehmer und für 62 Prozent der tarifvertraglich erfaßten ostdeutschen Arbeitnehmer.

Etwa eine Million Arbeitnehmer haben 1996 Beteiligungen im Wert von rund 750 Millionen Mark vom Arbeitgeber erworben; 1983 waren es lediglich 250 Millionen Mark. Insgesamt waren 1996 etwa zwei Millionen Mitarbeiter in rund 2.000 Unternehmen mit etwa 20 Milliarden Mark beteiligt.

Die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen fördert die Investitionsfähigkeit der Wirtschaft und ist damit ein Beitrag zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Um das Ziel einer ausgewogenen Vermögensverteilung zu erreichen, sind daher besonders bei der Verteilung des Produktivvermögens weiterführende Maßnahmen notwendig. Dabei muß darauf geachtet werden, daß andere Sparformen,

insbesondere das Bausparen, nicht beeinträchtigt werden. Ziel unserer Politik ist es, die staatliche Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer zu verbessern, um die Anreize für Vereinbarungen investiver Lohnkomponenten zu stärken. Diesen Anforderungen trägt der eingebrachte Gesetzentwurf Rechnung.

Weiterentwicklung der Förderung der Vermögensbildung

Künftig soll die staatliche Vermögensbildung durch das Vermögensbildungsgesetz auf zwei Ziele konzentriert werden: Zum einen bedarf es einer breiteren Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital. Dies kann durch Investivlohnvereinbarungen sowie sonstige außerbetriebliche oder Mitarbeiterbeteiligungen an Unternehmen geschehen. Denn die breitere Streuung des Produktivvermögens beteiligt die Arbeitnehmer an den Erträgen des Produktivvermögens, zu denen sie mit ihrer Arbeitsleistung beitragen. Materielle Beteiligung der Arbeitnehmer fördert Mitverantwortung und Motivation, steigert die Produktivität des Unternehmens und macht es krisenfester.

Zum anderen soll die zusätzliche private Altersvorsorge durch Bildung von Wohneigentum weiter gestärkt werden. Wohneigentum ist ein bedeutender Baustein der Altersvorsorge, weil es mietfreies Wohnen im Alter ermöglicht.

Arbeitnehmer-Sparzulage wird erhöht

Die Beteiligung der Arbeitnehmer am eigenen oder an fremden Unternehmen ist eine wichtige Triebfeder für engagiertes Arbeiten im Betrieb, für eine gleichmäßige Verteilung des Volksvermögens und für eine verbesserte Eigenkapitalausstattung der Unternehmen. Deshalb gibt der Staat zukünftig 20 Prozent der Sparsumme für Beteiligungen bis zu einem Betrag von

800 Mark dazu. Für Bausparen wird zusätzlich die bisherige 10prozentige Arbeitnehmer-Sparzulage bis zu einem Sparbetrag von 936 Mark gewährt.

Ein westdeutscher Arbeitnehmer kann zukünftig 800 Mark seines Lohnes in Beteiligungen, beispielsweise Aktien, investieren.

Er erhält dafür vom Staat: 160 Mark.

Zusätzlich kann er 936 Mark in einen Bausparvertrag einzahlen; der Staat gibt ihm dazu nochmals: 93,60 Mark.

Insgesamt beträgt die Förderung damit maximal: 253,60 Mark im Jahr.

Durch den separaten Förderbetrag für Beteiligungen wird ein zusätzlicher Impuls gegeben, durch Tarifvertrag, Betriebsvereinbarung oder Einzelarbeitsvertrag den Erwerb von Beteiligungen zu vereinbaren. Der erhöhte Zulagensatz von 20 Prozent bei Beteiligungen gibt den Arbeitnehmern einen Anreiz, ihre vermögenswirksamen Leistungen in Beteiligungen am Produktivkapital anzulegen. Von der besonderen Beteiligungsförderung profitiert auch das Bausparen. Dadurch, daß für Beteiligungen nunmehr ein besonderer Förderbetrag existiert, sind die 936 Mark, die bisher für alle Anlageformen vorgesehen waren, künftig grundsätzlich für das Bausparen reserviert.

Besondere Förderung in den neuen Bundesländern

Ostdeutsche Arbeitnehmer hatten in den Jahren des DDR-Regimes keine Möglichkeit, Vermögen mit staatlicher Förderung zu bilden. Um den Aufholprozeß zu beschleunigen, wird deshalb der Förderhöchstbetrag in den neuen Bundesländern auf 1.000 Mark festgelegt. Diese Sonderregelung ist befristet bis zum Jahr 2004.

Ein ostdeutscher Arbeitnehmer kann zukünftig 1.000 Mark seines Lohnes in Beteiligungen, beispielsweise Aktien, investieren.

Er erhält dafür vom Staat: 200 Mark.

Zusätzlich kann er 936 Mark in einen Bas Sparvertrag einzahlen; der Staat gibt ihm dazu nochmals: 93,60 Mark.

Insgesamt beträgt die Förderung damit maximal: 293,60 Mark im Jahr.

Die Einkommensgrenze wird angehoben

Damit auch Bezieher mittlerer Einkommen von der Förderung profitieren können, werden die Einkommensgrenzen auf 35.000 Mark für Alleinstehende und 70.000 Mark für Verheiratete angehoben. Dies entspricht etwa einem Bruttoeinkommen von 41.000 Mark für Alleinstehende und 80.000 Mark für Verheiratete. Damit

kommen zwei Drittel aller Erwerbstätigen in den Genuß des neuen Vermögensbildungsgesetzes.

Durch die verbesserte Förderung der Vermögensbildung können die Arbeitnehmer stärker an der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands und seiner Unternehmen teilhaben. Sie können sich damit neben dem Arbeitseinkommen ein zweites Standbein zur Sicherung des Lebensunterhaltes aufbauen. Gleichzeitig werden dadurch die Möglichkeiten für die private Altersvorsorge verbessert.

Zum Beginn der nächsten Legislaturperiode soll eine Konzeption entwickelt werden, um die private Altersvorsorge über langfristige Sparformen weiter zu stärken. Gerade für Bezieher niedriger Einkommen mit geringer Sparfähigkeit soll durch eine gezielte Förderung eine ergänzende Vorsorge durch eigenes Sparen ermöglicht und sollen zusätzliche Anreize für private Eigenvorsorge geboten werden.

Mehrstimmrechtsaktien abgeschafft

Zur Beratung des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich erklärte der Justitiar der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Joachim Gres:

Im Zuge der Verabschiedung des „Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich“ ist in 2. und 3. Lesung auch eine Regelung zur Abschaffung von Aktien mit Mehrstimmrechten beschlossen worden.

Für den Wegfall: Ausgleich

Die Mehrstimmrechte fallen aber nicht ersatzlos weg. Die Aktionäre mit

Mehrstimmrechtsaktien erhalten von dem Unternehmen einen Ausgleich für den Wegfall ihrer Mehrstimmrechte. Dieser Ausgleich muß in jedem individuellen Fall den besonderen Wert der Mehrstimmrechte angemessen berücksichtigen.

Eine Aktie – eine Stimme

Damit ist der Weg frei für die Umsetzung des Prinzips „Eine Aktie, eine Stimme“ in großen Publikumsgesellschaften. Gleichzeitig wird den betroffenen Mehrstimmrechtsaktionären ein fairer Ausgleich für den Verlust ihrer Rechtsposition gewährt.

Energierrechtsnovelle durchgesetzt

Zum Abschluß des parlamentarischen Verfahrens nach dem Verzicht des Bundesrates auf einen Einspruch gegen die Novelle des Energiewirtschaftsrechts erklärte der wirtschafts- und energiepolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gunnar Uldall:

Mit dem Verzicht auf die Aufrechterhaltung seines Einspruchs kann das nach langen Verhandlungen als Kompromiß am 28. November 1997 verabschiedete neue Energierecht dem Bundespräsidenten unverändert zur Ausfertigung zugeleitet werden und damit in Kürze in Kraft treten.

Es hat sich auch hier gezeigt, daß es richtig war, das Gesetz zustimmungsfrei zu machen, um es aus eigener Kraft gegen die Bundesrats-Blockade der SPD durchzusetzen.

Nach über 40 Jahren ist es damit endlich gelungen, die Energiemärkte in Deutschland dem Wettbewerb zu öffnen. Das neue Energierecht setzt die europäische Stromrichtlinie zeitgerecht um und öffnet den Wettbewerb auf den Gasmärkten bereits im Vorgriff auf eine entsprechende europäische Gasrichtlinie. Ohne den Druck des europäischen Rechts, an dessen Mitgestaltung die deutsche Regierung entscheidenden Anteil hatte, wäre die Abschaffung der bisherigen Monopole auf dem deutschen Strom- und Gasmarkt wohl nicht gelungen.

Das neue Gesetz bringt, ähnlich wie die bereits erfolgten Liberalisierungen in den Bereichen Bahn, Post und Telekom, viele Vorteile für große, mittlere und kleine Kunden. Die vor einem Jahr geäußerten Erwartungen, daß die Strompreise für gewerbliche Kunden um 10–20 Prozent sinken würden, sind bereits heute im Vorgriff auf die Reform teilweise eingetreten. So

haben beispielsweise die Hamburger Elektrizitätswerke im letzten Jahr die Strompreise für Gewerbekunden deutlich gesenkt. Für die Wirtschaft ist dies eine wichtige Kostenentlastung und für die Arbeitnehmer ein Beitrag zur Sicherung ihrer Arbeitsplätze.

Die Energieversorgungsunternehmen und die Stadtwerke stellen sich zunehmend auf den Wettbewerb ein und mobilisieren dabei Rationalisierungsreserven. Viele Großkunden verhandeln bereits mit den EVUs, um den günstigsten Preis für die Gesamtbelieferung aller Betriebsstätten im Inland aus einer Hand zu erreichen. Flexible Lieferverträge, Einkaufskooper-

Nach über 40 Jahren ist es nun endlich gelungen, die Energiemärkte in Deutschland für den Wettbewerb zu öffnen.

rationen mittelständischer Verbraucher und die Etablierung von Energiemaklern und Energiebörsen werden folgen. Das neue Energierecht grenzt keinen Kunden vom Wettbewerb aus, so daß es nur eine Frage der Zeit ist, bis die Preissenkungen auch den Endkunden erreichen. Nicht nur die großen, auch kleinere und mittlere Abnehmer müssen und wollen gleichberechtigt an den Vorteilen des Wettbewerbs teilhaben.

Die Durchsetzung des neuen Energierechts ist ein weiterer wichtiger Schritt bei der Umsetzung des 50-Punkte-Programms für mehr Wachstum und Beschäftigung. Es ist ein weiterer Beweis dafür, daß von einem Stillstand in der Wirtschaftspolitik dieser Regierungskoalition keine Rede sein kann. Dort wo diese Regierung die Mehrheit hat, ist sie handlungsfähig. ■

Argumente

Zur Sicherheit der Kernkraftwerke und der Endlagerung ihrer radioaktiven Abfälle

Die Bundesregierung hält den Einsatz der Kernenergie in Deutschland nur unter Beachtung des Grundsatzes für verantwortlich:

Die Sicherheit hat Vorrang vor wirtschaftlichen Erwägungen.

Deshalb wird auch erneuerbare Energie wie Sonne, Wind und Wasserkraft weiter ausgebaut und der Einsatz fossiler Energie aus Kohle, Öl und Gas wegen des unvermeidlichen Klima-Schadstoffs Kohlendioxid nach Möglichkeit zurückgefahren.

Die Kernenergie in Deutschland vermeidet jedes Jahr bis zu 150 Millionen Tonnen CO₂.

Was aber passiert mit dem Atommüll?

Das von Bund und Ländern 1979 gemeinsam beschlossene Entsorgungskonzept sieht vor: Nach einer Abklingzeit in den Kernkraftwerken werden die abgebrannten Brennelemente entweder zur Wiederaufarbeitung nach Frankreich bzw. Großbritannien gebracht oder bis zu einer späteren direkten Endlagerung für einige Jahrzehnte zwischengelagert.

Zwischenlager

● Gorleben und Mitterteich (Bayern) stehen für schwachradioaktive Abfälle aus Kernkraftwerken zur Verfügung.

● In Sammelstellen der Bundesländer werden schwachradioaktive Abfälle aus Medizin, Industrie und Forschung zwischengelagert.

● Die Transportbehälterlager Gorleben und Ahaus stehen für hochradioaktive Abfälle (im wesentlichen abgebrannte Brennelemente aus Kernkraftwerken) zur Verfügung.

● In Jülich befinden sich 158 CASTOR-Behälter mit den Brennelementen des stillgelegten Versuchsreaktors.

● Das Zwischenlager Nord in Rubenow bei Greifswald ist für die abgebrannten Brennelemente aus den stillgelegten Kernkraftwerken Greifswald und Rheinsberg vorgesehen.

Wozu dient Ahaus?

Seit 1992 werden dort 305 Transport- und Lagerbehälter vom Typ CASTOR mit den bestrahlten Brennelementen des stillgelegten Thorium-Hochtemperaturreaktors in Hamm-Uentrop zwischengelagert. In maximal 370 Lagerbehältern vom Typ CASTOR dürfen außerdem Brennelemente aus Leichtwasserreaktoren zwischengelagert werden.

Strahlenbelastung

Ein Mensch, der sich ein ganzes Jahr lang ununterbrochen am ungünstigsten Punkt außerhalb des Betriebsgeländes von Ahaus aufhielte, wäre maximal der gleichen Strahlendosis ausgesetzt wie

jemand, der ein Jahr lang in 1.500 bis 2.000 Metern Höhe Urlaub machte: 0,6 Millisievert (mSv), nicht einmal die Hälfte dessen, was nach der Strahlenschutzverordnung zulässig ist.

Wie sicher sind CASTOR-Behälter?

CASTOR-Behälter bestehen aus etwa 40 cm starkem Spezial-Gußbeisen und sind während der Zeit der Zwischenlagerung mit einem doppelten Deckel ausgestattet, der ständig überwacht wird. Dadurch wird sichergestellt, daß aus dem Behälter keine radioaktiven Stoffe austreten können. Auch international anerkannte Fachleute haben den Behältern hervorragende Sicherheitseigenschaften bescheinigt: Selbst ein Flugzeugabsturz oder Erdbeben könnten sie nicht beschädigen.

Sicherheitsbilanz

Weltweit werden seit 30 Jahren jährlich 40 Millionen Versandstücke mit radioaktivem Material befördert. In Deutschland sind es jährlich 445.000 Transporte mit rund 900.000 Versandstücken. Bisher ist es noch zu keinem Unfall mit Strahlenschäden gekommen.

Warum sind CASTOR-Transporte notwendig?

Abgebrannte Kernbrennstoffe müssen zunächst in den Kernkraftwerken abklingen. Die Kapazität in den Abklingbecken ist begrenzt. Darüber hinaus muß Platz für die Auslagerung eines kompletten Reaktorkerns für Notfälle freigehalten werden. Aus dem Lagerbecken gehen die Brennelemente entweder in die Wiederaufarbeitung oder bis zur späteren direkten Enlagerung in die Zwischenlagerung.

Transportvorschriften

Grundlage aller Vorschriften über den Transport radioaktiver Stoffe sind weltweit die Empfehlungen der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) in Wien. Sie gelten für alle Transportarten und -wege und unterscheiden vier Arten von Versandstücken mit abgestuften Prüfungsanforderungen. Der CASTOR-Behälter gehört zu den Typ-B-Versandstücken, die extreme Unfallbedingungen überstehen können müssen, ohne undicht zu werden. Dazu gehören z. B.

- ein Sturz aus neun Meter Höhe auf ein unnachgiebiges Fundament,
- ein den Behälter 30 Minuten lang umhüllendes Feuer mit 800° C und
- ein anschließender achtstündiger Eintauchtest in 15 Meter Wassertiefe.

Wer abgebrannte Brennelemente transportieren will, braucht eine Beförderungsberechtigung vom Bundesamt für Strahlenschutz.

Wie hoch ist die Strahlenbelastung bei CASTOR-Transporten?

Die begleitenden Polizisten beim ersten CASTOR-Transport nach Gorleben im März 1997 waren einer Strahlenbelastung ausgesetzt, die der eines Flugs von Frankfurt nach New York und zurück entsprechen würde. 15 solcher Flüge würden eine Strahlenbelastung ergeben, die nach der Strahlenschutzverordnung als Jahres-Grenzwert für die Bevölkerung gilt. Wer einen 20 km/h schnellen CASTOR-Transport in zehn Meter Abstand an sich vorbeirollen läßt, setzt sich einer Strahlendosis aus, der er auch alle Viertelstunde allein durch die natürliche Strahlung ausgesetzt ist.

LASS' DICH NICHT ANZAPFEN!



CDU

- **Poster DIN A1, Bestell-Nr.: 7333**
Verpackungseinheit: 50 Expl.
Preis je 50 Expl.: 30,00 DM

● Diese Flugblattvorlage liegt in Ihrer Kreisgeschäftsstelle vor

Wollen Sie bald 300 Mark für eine Tankfüllung bezahlen?

Die Grünen wollen im Falle einer rot-grünen Regierung in Bonn den Benzinpreis auf 5 Mark je Liter erhöhen.

- STOP** Das belastet jeden Autofahrer
- STOP** Besonders schlimm trifft es Pendler und Menschen auf dem Land
- STOP** Arbeitsplätze in der Autoindustrie und bei den Zulieferfirmen werden gefährdet
- STOP** Die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands wird aufs Spiel gesetzt

Weitere Schikanen sind geplant:

- STOP** Tempo 100 auf Autobahnen, 80 auf Landstraßen, 30 innerorts
- STOP** Die 0,0 Promille-Grenze

**Mit uns wird es keine Politik
gegen die Autofahrer geben.**

CDU



- **5 Mark pro Liter Benzin –
Nein zu Rot-Grün**
Aufkleber, Bestell-Nr.: 9334
Verpackungseinheit: 100 Expl.
Preis je 100 Expl.: 10,00 DM

- **5 Mark pro Liter Benzin –
Mit uns nicht!**
Aufkleber, Bestell-Nr.: 9335
Verpackungseinheit: 100 Expl
Preis je 100 Expl.: 10,00 DM



Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum
Postfach 1164
33759 Versmold
Fax (0 54 23) 4 15 21

E-Mail: georg.simon@bertelsmann.de

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
53014 BONN
PVSt, DEUTSCHE POST AG
ENTGELT BEZAHLT.

Rot-Grün:

Benzin 5,- DM

Drogen frei

NATO abschaffen

Mit uns nicht!

CDU

Das ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle.

UiD

8/1998

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Profflich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementpreis** jährlich 60,- DM. **Einzelpreis** 1,60 DM. **Herstellung:** WVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.